

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



Themenkoordinationsgruppe gegen die Folter

Ecuador 2022

Auch 2022 gab es in Ecuador nach wie vor eine Reihe von Menschenrechtsproblemen – insbesondere bei der Benachteiligung der Urbevölkerung, der Verfolgung von Menschenrechtsverteidigern und der Unterdrückung von Demonstrationen. Präsident Lasso verhängte sieben Mal den Ausnahmezustand in Laufe des Jahres - teilweise mit der Begründung der Bekämpfung der Organisierten Kriminalität, aber wegen angeblicher Gewalt im Rahmen von Nationalen Streiks. Mindestens sechs Menschen starben bei Demonstrationen.

Nach Angaben des Permanent Committee for the Defence of Human Rights wurden mindestens 146 Gefangene hauptsächlich bei Auseinandersetzungen zwischen rivalisierenden Gangs in ecuadorianischen Strafanstalten getötet. Von staatlicher Seite zu vertretende Ursachen liegen in der starken Überbelegung der Gefängnisse sowie der Nachlässigkeit und den organisatorischen Mängeln bei der Sicherstellung der Sicherheit der Gefangenen. Die Regierung versuchte diese Missstände durch die Begnadigung von 3.000 Gefangenen und das Versprechen der Aufstockung des Gefängnispersonals um 1.400 Personen und der Investitionsmittel für die Gefängnisinfrastruktur um USD 125 Millionen bis 2025 zu bekämpfen.

Positiv zu vermerken ist, dass die von Menschen- und Frauenrechtsgruppen erkämpfte Aufhebung der Strafbarkeit von Schwangerschaftsabbrüchen nach Vergewaltigungen per Gesetz im April erfolgt ist.

<https://www.amnesty.de/informieren/amnesty-report/ecuador-2022>